

Regierung hält nichts von bürgerlicher Wohnbaupolitik

Genossenschaften zu fördern sei besser, als Wohngeld zu zahlen, sagt der Regierungsrat.



Zu teuer und ungeeignet für einen Markt mit geringem Angebot: Einen Wechsel zur Subjektfinanzierung in der Wohnbauförderung lehnt die Zürcher Regierung ab. Bild: Keystone

Viel zu teuer sei sie und ungeeignet, das Problem der steigenden Mieten zu lösen: Die Regierung des Kantons Zürich will nichts von einem Wechsel zur Subjektfinanzierung in der Wohnbauförderung wissen. Statt die Mieten von Wohnobjekten herunterzusetzen, gehen die Subventionen bei der Subjektfinanzierung direkt an unterstützungsbedürftige Personen. Weil das transparenter sei und günstige Privatwohnungen nicht konkurrenzieren, streben bürgerliche Kräfte einen Wechsel an.

Die Subjektfinanzierung sei jedoch schwierig zu handhaben, wenn nur wenige günstige Wohnungen verfügbar seien, schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort auf eine Anfrage dreier CVP- und FDP-Kantonsräte aus Zürich und Winterthur. Sie biete sich eher in einem flexiblen Wohnungsmarkt mit genügend grossem Angebot an. Sie wirke flächendeckend und sei damit sehr teuer.

Konkurrenz für Private ist gering

Die Objektfinanzierung hingegen habe sich bewährt. Sie sichere einen haushälterischen Umgang mit Steuergeldern, weil das Kapital zurückbezahlt werden muss. Die finanzielle Unterstützung von Genossenschaftswohnungen entfalte in Zeiten, in denen das Angebot mit der steigenden Nachfrage nicht mithalten könne, einen dämpfenden Einfluss auf die Preisentwicklung. Zudem Sorge sie für eine soziale Durchmischung, «weil sie dort vorgenommen wird, wo Wohnungsnot herrscht». Da von den 700'000 Wohnungen im Kanton nur 4500 nach kantonalem Wohnbauförderrecht subventioniert würden, sei die dadurch ausgelöste Konkurrenz für private Wohnungen überdies gering.

Von Lorenzo Petrò 09:05

Stichworte

[Regierungsrat Zürich](#)

Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

[@tagesanzeiger folgen](#)

Zur Vergabepraxis von gemeinnützigen Wohnungen, die wegen Missbrauchsfällen in der Kritik steht, sagt die Regierung so viel: 70 Prozent der gemeinnützigen Wohnungen in der Stadt Zürich würden ohne Subventionen auf Land gebaut, das zu Marktpreisen erworben wurde, weshalb die Vergabepraxis Sache der Genossenschaftler sei. Rund 30 Prozent der Wohnungen sind auf vergünstigtem Land erstellt, dafür an Bedingungen wie ökologische Anforderungen und Belegungsvorschriften geknüpft. Auch die 4500 subventionierten Wohnungen haben Belegungsvorschriften. Diese würden regelmässig überprüft.

(Tages-Anzeiger)

(Erstellt: 31.05.2014, 09:04 Uhr)

Marktplatz



dHealth Fitness & Wellness

www.dhealth.ch



MAROSA GmbH - MISAKO

www.misako.ch